

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1887

8.11.1887 (No. 264)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 8. November.

№ 264.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 66 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1887.

Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 7. November.

In der französischen Deputirtenkammer wurde am Samstag der Antrag des Bonapartisten Cuneo d'Ornano auf Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses zur Untersuchung des Ordensskandals verhandelt. Da der Bericht der mit der Vorprüfung des Antrags betrauten Kommission, welche die Einsetzung des Ausschusses befürwortete, schon am Donnerstag verlesen worden war, so konnte die Kammer sofort in die Debatte eintreten. Die Debatte wurde vorzugsweise zwischen dem Ministerpräsidenten Rouvier und Abgeordneten von der Rechten, Baudry d'Asson, dem Antragsteller Cuneo d'Ornano, Cassagnac und Jolibois geführt. Baudry d'Asson ging namentlich Herrn Wilson zu Leibe; er erklärte factisch, es bedürfe gar keines Untersuchungsausschusses, sondern nur der Vollmacht zur Verfolgung des Deputirten Wilson, der Mißbrauch mit den Siegeln und Stempeln des Präsidenten Grevy getrieben habe, worauf Gefängnißstrafe bis zur Dauer von drei Jahren stehe. Der Republikaner Gollavru brachte einen Gegenantrag ein, welcher vorschlug, eine Kommission von 22 Mitgliedern aus den Kammervorständen zu wählen, die eine allgemeine Untersuchung über alle Vorkommnisse auf dem Gebiete der Verwaltung, die ihr Tadel oder Strafe zu verdienen scheinen, anstellen soll. Cuneo d'Ornano begründete seinen Antrag, Rouvier stellte gegenüber den Angriffen der Redner den Sachverhalt fest. Er erklärte es für unbegründet, daß die Regierung aus Feindschaft gegen Boulanger die Cassarellaffaire angeregt habe. Auch die von den Radikalen erdichtete Verchwörung gegen Grevy zu Gunsten Ferry's verwies Rouvier in's Fabelreich. Cassagnac bestand darauf, daß die Untersuchung stattfinden, und sagte, wenn die Republikaner die Untersuchung verweigerten, würde das Land sie als Mitschuldige anklagen können. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Gollavru mit 264 gegen 257 Stimmen angenommen. Das Resultat der Abstimmung rief großen Lärm bei den Gegnern der Regierung hervor, welche sich um den Erfolg des Tages gebrüht haben. Gollavru ist ein intimer Freund Grevy's und durch seinen Vorschlag ist der Einsetzung der Untersuchungskommission jede feindliche Spitze gegen das Ghetto genommen. Die gesammte Rechte und die äußerste Linke stimmen gegen den Antrag Gollavru, um sodann den Kommissionsantrag durchzubringen, ein Manöver, das jedoch mißlang. Damit war auch die Gefahr einer gouvernementalen Krise beseitigt. Sodann nahm die Kammer einen Zusatz an, welcher die Untersuchungskommission mit weitergehenden Befugnissen ausstattet. Der ganze so gestaltete Antrag wurde in der Schlussabstimmung mit 445 gegen 84 Stimmen genehmigt. Rouvier ist mit seinen Ansichten über die Untersuchung, von der er sich kein anderes Resultat als eine neue Benurubigung des Landes verspricht, in der Widerheit geblieben. Da er jedoch nicht die Kabinettsfrage gestellt hatte, so wird auch seine Stellung von den Abstimmungen nicht berührt. Das Ergebnis der so geräuschvoll in's Werk gesetzten Enquete läßt sich mit ziemlicher Sicherheit vorhersehen; es wird, allem Anschein nach, bei der ganzen Untersuchung nichts herauskommen. Wo das Gericht keine Schuldigen mehr entdecken konnte, wird auch der parlamentarische Untersuchungsausschuss keine entdecken. Aber Staub und Schmutz wird genug aufgeworfen werden und insofern der Vortheil wohl auf Seiten der Gegner der Republik sein.

In dem Ausschusse der ungarischen Delegation für auswärtige Angelegenheiten kam am Samstag die allgemeine politische Lage zur Erörterung. Das Wolff'sche Telegraphenbureau berichtet darüber folgendes:

Der Referent Hall gelangte auf Grund einer Erörterung der auswärtigen Situation zu dem Schlusse, daß das auswärtige Amt durch seine, während der verfloffenen Jahre gefolgte Politik nicht nur seinem eigenen von der Delegation acceptirten Programme vollständig treu geblieben sei, sondern auch allen vernünftigen Erwartungen vollständig entsprochen habe; er beantragte daher der Delegation vorzuschlagen, sie möge die bisherige äußere Politik billigen und dem Minister ihre Anerkennung aussprechen. (Zustimmung.) Graf Julius Andrássy billigt gleichfalls die Politik Kalnoth's, begrüßt freudig die jüngsten, die österreichisch-ungarischen Beziehungen so erfreulich und günstig entwickelnden Ereignisse und betrachtet den Anschluß Italiens als eine nicht hoch genug zu schätzende Errungenschaft. Redner erörtert dann die bulgarische Frage und richtet an den Minister mehrere Anfragen betreffend die definitive Lösung derselben. Minister Graf Kalnoth dankt für die zustimmenden Erklärungen der Vorkredner und sagt in Erwiderung auf die Anfragen des Grafen Andrássy, die Thronrede bezeichne die bulgarische Frage als ungelöst, deute gleichzeitig die Art ihrer Lösung an. Er sei überzeugt, diese Lösung werde allgemeine Zustimmung finden; sie entspreche sicherlich den Intentionen der befreundeten Kabinette, was sehr wichtig sei, da die Lösung auf europäischem Boden erfolgen müsse und auch seiner Ansicht nach jede Einzelintervention in der bulgarischen Frage unbedingt ausgeschlossen sei. Er gebe zu, daß die Entwicklung Bulgariens

durch verschiedene Zwischenfälle in einzelnen Momenten aufgehalten worden sei, aber der aufmerksame Beobachter der Ereignisse müsse zugeben, daß gerade durch die Ereignisse und Schwierigkeiten der Patriotismus und das Selbstgefühl der Bulgaren sich bedeutend gehoben habe und daß ohne diese der bulgarische Charakter sich vielleicht nicht so prägnant hätte zeigen können. Gerade der Umstand, daß in jeder Einmischung einer fremden Macht unberechenbare Gefahren liegen, mache die Frage zu einer überaus heiklen. Den Umstand allein, daß diese Gefahr einer Einmischung bisher und hoffentlich für immer abgewendet und den Bulgaren die Freiheit der inneren Entwicklung gewahrt worden sei, betrachte er als einen bedeutenden Erfolg. Was den Prinzen von Koburg anlangt, so könne er (Redner) nur bestätigen, was der Referent gesagt habe, nämlich, daß der Prinz kein Kandidat Oesterreich-Ungarns gewesen sei. Der Prinz habe allerdings um Rath gefragt und die Minister hätten ihm auch die Schwierigkeiten, denen er entgegengehe, geschildert. Anfanglich habe der Prinz auch versucht, den Boden des Berliner Vertrages einzuhalten, es sei ihm aber nicht gelungen, die Bestätigung der Fforte und die Zustimmung der Mächte zu seiner Thronbesteigung zu erwirken. Der Prinz von Koburg sei nach Bulgarien gegangen nicht als Kandidat irgend einer Macht, sondern als Kandidat Bulgariens und dies verleihe ihm vielleicht eine festere Stellung zu verleißen, als wenn er seitens einer einzelnen Macht unterstützt wäre. Art. 3 des Berliner Vertrages sichere Bulgarien die freie Wahl eines Fürsten, verlange aber die Zustimmung der Fforte und die Anerkennung der Mächte. Das erste Recht habe Oesterreich stets unbedingt anerkannt und nicht unterläßt, ob die Sobranie konstitutionell zu Stande gekommen sei oder nicht. Die Wahl des Prinzen von Koburg entspreche der Bestimmung, daß der Gewählte nicht der Dynastie eines europäischen Großstaates angehören dürfe. Daß jedoch die Zustimmung der Fforte eine ausdrückliche Bedingung wäre, sei nicht nur die Ansicht Oesterreichs, sondern auch der übrigen Mächte. Ferner sei die Zustimmung aller Mächte zur Wahl des Fürsten notwendig. Was Oesterreich in nächster Zukunft hinsichtlich Bulgariens zu thun gedenke, könne er nicht eingehend darlegen. Oesterreich erkenne die bulgarische Regierung als eine de facto bestehende an, vermage aber den Prinzen von Koburg als legalen Fürsten Bulgariens nicht anzuerkennen und müßte amtliche Beziehungen mit ihm vermeiden. Alles, was das Interesse und das Wohl der Balkanvölker zu fördern geeignet sei, werde von Oesterreich stets unterstützt werden. Die Regierung sei gegenwärtig ehrlich bemüht, auch andere Mächte zu Freunden dieser Völker zu machen. Die bulgarische Frage biete allerdings eine Quelle der Verunreinigung in der allgemeinen Situation, allein der wesentlichste Punkt dieser Unklarheit und der alleinige Grund, der alle zu außerordentlichen Anstrengungen zwingt, sei die bulgarische Frage nicht. Oesterreich-Ungarn und Deutschland hätten mit ihrer seit Jahren befolgten Friedenspolitik eine segensreiche Propaganda gemacht; der Anschluß Italiens, der ja nicht erst seit dem letzten Jahre bestehe und nur jetzt zu prägnanterem Ausdruck gekommen sei, sowie die Identität der Ziele, welche England mit Oesterreich theile und die auch von dieser Seite eine Unterstützung der Friedenspolitik im Orient hoffen lasse, seien zu den erfreulichsten Faktoren der jetzigen Situation zu rechnen. Der Minister glaubt ausschließlich erwähnen zu sollen, daß er stets bemüht sei und war, die Beziehungen zu Rußland so freundschaftlich als überhaupt möglich zu erhalten, wie denn selbe auch heute nur als freundschaftlich bezeichnet werden können. Er gebe die Hoffnung nicht auf, daß Rußland sich mehr als gegenwärtig den friedlich konservativen Bestrebungen der Centralmächte nähere und daß Oesterreich-Ungarn mit dem großmächtigen Nachbar auf einem Fuße bleibe, welcher den beiderseitigen Völkern größere Beruhigung für die Zukunft biete. Er werde diese Bestrebungen nie aufgeben, da er dieselben nicht nur mit den Interessen der Monarchie vereinbare, sondern beinahe für die Grundbedingung der Herstellung eines verlässlichen Friedenszustandes in Europa halte.

Generalatony betonte, daß die bulgarische Frage durch die Fragen im Westen Europa's in den Hintergrund gedrängt sei; er stimme deswegen für den Antrag des Referenten. Apponyi erkennt gleichfalls an, daß sich Kalnoth's Voraussicht richtig erwiesen; die europäische Konstellation habe sich durch den Beitritt Italiens zu dem deutsch-österreichischen Bündnisse und durch die sympathische Haltung Englands günstig gestaltet, da Italien seit längerer Zeit in der Orientfrage einen den Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie kongruenten Standpunkt einnehme. Redner stimmt daher dem Antrag des Referenten gern bei. Andrássy erörtert nochmals eingehend die bulgarische Frage, deren definitive Lösung namentlich im Interesse des guten Verhältnisses zu Rußland geboten sei; Julius Horvath hält ein besseres Verhältniß zu Rußland allerdings für ein Mittel, den Frieden zu erhalten, doch sei schließlich die Erhaltung des Friedens nur unter Wahrung der Interessen Oesterreich-Ungarns anzustreben. Apponyi wünscht, daß das Auswärtige Amt für die Anerkennung des Prinzen Ferdinand warte; als Freund des Friedens stimme er dem Wunsch des Ministers bei, daß das Verhältniß Oesterreich-Ungarns zu Rußland ein freundschaftliches sei, aber nicht durch Preisgebung des Programms, welches die Interessen Oesterreichs im Orient korrekt definire. Graf Kalnoth erklärt sich mit der Interpretation des Verhältnisses zu Rußland durch Apponyi einverstanden; freundschaftliche Beziehungen zu Rußland seien im beiderseitigen und allgemeinen Interesse notwendig, um so notwendiger, je größer man die Stellung Oesterreichs als Großmacht auffasse; das könne jedoch selbstverständlich nicht eine Aenderung der österreichischen Politik bedeuten, welche durch das gehobene Selbstgefühl der Balkanvölker eine mächtige Förderung erfahren habe. Der Antrag des Referenten, die Politik Kalnoth's zu billigen und diesem selbst eine Anerkennung dafür auszusprechen, wurde einstimmig angenommen und der Etat des Ministeriums des Auswärtigen mit den Nachtragkrediten unverändert genehmigt.

Aus London meldet uns ein Telegramm: Die meisten Blätter besprechen die Rede des Grafen Kalnoth in günstigem und bestimmendem Sinne, namentlich den Hinweis auf die Identität der Ziele Oesterreichs und Englands. Dieser Hinweis, sagt „Daily Chronicle“, bestärke die Ueberzeugung, daß England, obwohl es nicht thätlich einen Theil der Allianz bilde, doch innerhalb des freundschaftlichen Schutzes derselben stehe und erforderlichen Falles bereit sei, an der Erhaltung des Friedens mitzuwirken. „Daily Telegraph“ bezeichnet die Rede als neuestes Zeichen am politischen Horizont, welches bessere Friedensansichten für das kommende Jahr andeute.

Nicht so befallig wie die englischen Blätter urtheilt das „Journal de St. Pétersbourg“ über die Erklärungen des Grafen Kalnoth. Es wird uns darüber aus Pétersbourg vom heutigen Tage berichtet: Das „Journal de St. Pétersbourg“ bemerkt anlässlich der Rede des Grafen Kalnoth, es wolle bis zum Eintreffen des offiziellen Textes der Rede, welche in gewissen Theilen zu manchen Bemerkungen Anlaß gebe und große Ueberraschung hervorrufe, nur die Art und Weise hervorheben, wie Graf Kalnoth die Lage des Prinzen von Koburg auffasse. Diese unterseide sich wesentlich von der russischen Auffassung. Dem Grafen Kalnoth zufolge ermangele die Lage des Prinzen, um gefällig zu sein, nur der Bestätigung der Mächte; Rußland habe dagegen niemals die Gefälligkeit der Prinzenwahl durch die Sobranie anerkannt, da letztere selbst ein Produkt der Gewaltthat und Ungefälligkeit sei. Bei einer so tiefgehenden Meinungsverschiedenheit hinsichtlich des Ausgangspunktes sei es schwierig, sich über den Charakter der bulgarischen Krisis zu verständigen. Die Bemerkungen Kalnoth's um die Sache des Friedens seien anderswo besser angebracht. Diesen Frieden bedrohe Rußland eben so wenig wie die Unabhängigkeit der Balkanstaaten. Solche Neußerungen wären allerdings eines Erfolges vor einem Parlament sicher fund hätten wohl auch keinen anderen Zweck als diesen im Auge.

Deutschland.

Berlin, 6. Nov. Seine Majestät der Kaiser hatte nach einer gut verbrachten Nacht keine Schmerzen mehr und zeigte sich heute wieder bei dem Vorbeiziehen der Wache am Fenster. Vormittags empfing der Kaiser Sr. Kgl. Hoheit den Prinzen Heinrich, sowie den General v. Albedyll und nahm Nachmittags den Vortrag des Grafen Herbert Bismarck entgegen.

Der „Völkischen Zeitung“ geht aus Berlin folgende Mittheilung zu, für welche die Verantwortung allerdings dem genannten Blatte überlassen bleiben muß: „Der russische Botschafter Graf Schwaloff hat nunmehr amtlich die bevorstehende Ankunft des Kaisers Alexander für Mitte dieses Monats angekündigt. Der Gar weiß noch nicht, an welchem Tage er hier selbst eintreffen wird; doch ist in Aussicht genommen, daß er Vormittags gegen 10 Uhr hier ankommen und vor Mitternacht nach Pétersbourg weiter reisen wird.“

Zu der am Donnerstag unter dem Vorsitz des Staatsministers Staatssekretärs des Innern, v. Böttcher, abgehaltenen Plenar Sitzung faßte der Bundesrath Beschluß über die von den Ausschüssen für Zoll- und Steuerwesen, für Handel und Verkehr und für Rechnungsweisen vorgeschlagene Ergänzung der vorläufigen Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetze über die Besteuerung des Branntweins, über eine weitere Ausführungsbestimmung zu dem Gesetze betreffend den Verkehr mit Erbsamitteln für Butter, sowie über eine Abänderung der Vorschriften über die Verladung und Beförderung von lebenden Thieren auf Eisenbahnen. Eine Eingabe des Centralvorstandes deutscher Arbeiterkolonien zu Berlin wegen Verringerung der Zahl der Schanzsträßen wurde dem Reichskanzler überwiesen. Der Gesetzentwurf über die Heimführung der Hinterbliebenen im Auslande angelegter Reichsbeamter und der Antrag Oldenburgs, betr. den Zollanschluß von Brack, wurden den zuständigen Ausschüssen zur Vorberatung übergeben. Dem Entwurf eines Gesetzes betreffend den Verkehr mit Wein und den Verordnungsentwürfen betreffend die landesrechtliche Anwendung des Reichsbeamtengesetzes in Elsaß-Lothringen, sowie über die Formen des Verfahrens vor dem Reichsversicherungsamt und vor den auf Grund der Gesetze vom 5. Mai 1886 und vom 13. Juli 1887 errichteten Schiedsgerichten ertheilte die Versammlung die Zustimmung und beschloß, der Eingabe des Vorstandes des Verbandes selbständiger Konditoren zu Berlin, betr. die Abgrenzung des Konditorgewerbes gegenüber dem Bäckergerwerbe, ferner mehreren Gesuchen um Befreiung der Schneiderei- und Damentonfektionsgeschäfte von der Unfallversicherungspflicht und dem Gesuche des Vorsitzenden des Deutschen Fleischerverbandes zu Lübeck, betreffend die allgemeine Einführung der Fleischschau, keine Folge zu geben. Dem eben genannten Innungsverbande wurde auf seinen Antrag auf Grund des § 104h. der Reichsgewerbeord-

nung die Fähigkeit beigelegt, unter seinem Namen Rechte, insbesondere Eigentum und andere dingliche Rechte, an Grundstücken zu erwerben, Verbindlichkeiten einzugehen, vor Gericht zu klagen und verklagt zu werden.

Bei der gestrigen Wahl eines Reichstagsabgeordneten für die Stadt Aachen (an Stelle des verstorbenen Kaufmanns Viktor Sielen) ist der Bürgermeister von Eupen, Mooren (Centr.), mit 4309 Stimmen gewählt worden.

Zu den Gesetzentwürfen, welche aus dem Reichsjustizamt dem nächsten Reichstag vorgelegt werden sollen, gehört auch der Gesetzentwurf betreffend die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindenden Gerichtsverhandlungen. Wie die „Köln. Ztg.“ vernimmt, sind in demselben die Beschlüsse der letzten Reichstagskommission über diese Frage, über die der Abgeordnete v. Cuny eingehenden schriftlichen Bericht erstattet hatte, die aber im Reichstag nicht mehr verhandelt worden sind, im Wesentlichen berücksichtigt worden.

Die zwischen Preußen und Bremen, sowie zwischen diesem und Oldenburg aus Anlaß der jetzt geplanten Vertiefung der Unterweser erforderlichen Vereinbarungen sind in einer den konkurrierenden Interessen entsprechenden Weise getroffen. Sie bedürfen nur insofern einer Ergänzung, als durch den bald nach dem Jahre 1886 geschlossenen Grenzvertrag zwischen Preußen und Oldenburg Bestimmungen über die Stromarbeiten in der sogenannten alten Weser getroffen sind, welche mit dem von Bremen geplanten Unternehmen aus den dieserhalb geschlossenen Abmachungen nicht vereinbar sind. Wenn gleich angeht die von beiden beteiligten Staaten mit Bremen getroffenen anderweitigen Abrede die Regelung dieses Punktes eine mehr formale Bedeutung hat, so war doch um so größerer Werth darauf zu legen, als in Oldenburg die Angelegenheit zu einer Beschlussfassung der Gesetzgebung führen wird. Mangels eines allgemeinen Enteignungsgesetzes, wie es in Preußen besteht, wird dort im Wege des Spezialgesetzes nach dieser Richtung Fürsorge getroffen werden müssen. Eine auch in formeller Hinsicht völlig korrekte Regelung der zwischenstaatlichen Beziehungen erschien schon aus diesem Grunde besonders erwünscht. Die erforderliche Veränderung des erwähnten Grenzvertrags ist in diesen Tagen zwischen Kommissaren Preußens, Oldenburgs und Bremens hieselbst vereinbart worden. Von Seiten Bremens wird, wie dies bei einem Unternehmen, welches, auch bei schnellster Ausführung, gegen 5 Jahre in Anspruch nehmen dürfte, natürlich mit aller Energie vorgegangen werden. Man wird insbesondere auch unter Zuhilfenahme elektrischer Beleuchtung die Mähte durcharbeiten, wie dies bei den Zollanschlußbauten bereits regelmäßig geschehen ist.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 7. Nov. (Tel.) Die „Politische Korresp.“ meldet von hier: Nach den von ungarischen Minister für Landesverteidigung, Fejervary, mit dem Reichskriegsministerium geführten Unterhandlungen ist die Errichtung einer ungarischen Waffenfabrik im Prinzipie beschlossen.

Niederlande.

Haag, 6. Nov. Die Erste Kammer nahm gestern in der zweiten Lesung die Aenderung der Verfassung vollständig an. Die neuen Kammern werden im Frühjahr 1888 auf der Grundlage des neuen Wahlrechts gewählt werden.

Belgien.

Brüssel, 6. Nov. Es wird von gut unterrichteter Seite gemeldet, daß die Regierung den Gesetzentwurf über den persönlichen Militärdienst im Auftrage des Königs nochmals den Kammern vorlegen wird. Das Ministerium soll beabsichtigen, aus der Annahme des Gesetzentwurfs eine Kabinettsfrage zu machen. — Der wegen Gattenmordes s. 3. zu fünfjähriger Gefängnisstrafe verurteilte ehemalige Abgeordnete Vandermissen ist vom König begnadigt worden.

Frankreich.

Paris, 6. Nov. Der deutsche Botschafter, Graf Münster, stattete vorgestern dem Minister des Auswärtigen, Flourens, einen Besuch ab. — Waddington, der französische Botschafter am englischen Hofe, kehrte auf seinen Posten zurück, um gemeinsam mit dem englischen Minister des Auswärtigen den Text des Hundschreibens festzusetzen, in welchem die Zustimmung der Mächte zu der französisch-englischen Uebereinkunft betreffs des Suezkanals erbeten werden soll. — Nachdem in der gestrigen Kammer Sitzung der Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungskommission wegen der Ordensverkäufe genehmigt worden ist (vergl. den an der Spitze des Blattes enthaltenen Artikel), wird die Wahl der Ausschüsse am nächsten Dienstag vorgenommen werden. — Dem Senate wurde gestern der von der Deputiertenkammer angenommene Gesetzentwurf auf Umwandlung der Aprozenteigen in 3prozente Rente vorgelegt. Der vom Referenten Dubet verlesene Bericht der Kommission befürwortet die Annahme des Entwurfs. Die Beratung wird auf Montag angelegt. — Für heute Abend war in Douai eine Manifestation gegen den Unterrichtsminister Spuller wegen Verlegung der Fakultäten nach Lille beabsichtigt; die Behörde besetzte daher bei der Abreise Spullers den Bahnhof und die Bahngänge militärisch. Die Menge wurde durch den Truppenordon zurückgehalten, so daß die Manifestation unterbleiben mußte. Nach der Abfahrt des Zuges zog ein Haufen zur Unterpräfektur und warf die Fenster ein, wurde aber schließlich durch Gendarmen zerstreut.

Aus den Enthüllungen französischer Blätter geht unzweifelhaft hervor, daß das Ministerium Goblet nahe daran war,

die Schnebel-Affaire zu einem casus belli zu machen. Fernand Xau, dessen nahe Beziehungen zu Boulanger bekannt sind, der also wohl unterrichtet sein kann, behauptet jetzt im „Gil-Blas“, Goblet selbst habe damals beantragt, Deutschland ein Ultimatum zu stellen. Er gibt eine sehr ausführliche Schilderung jener Sitzung des Ministeriums. Flourens habe sich sofort dagegen erklärt: man könne nicht „leichten Herzens“ das Schicksal des Landes auf das Spiel stellen. Darauf habe Goblet erwidert: der Krieg sei unvermeidlich; man könne ihm mit Aussicht auf Sieg entgegengehen, da ein hitziges Fieber des Patriotismus das Land ergriffen habe. Weiter erzählt „Gil-Blas“: „Hier erhob sich der Präsident der Republik (was er selten thut) und sagte ungefähr: Es ist meine Gewohnheit nicht, Ihre Entschlüsse zu beeinflussen. Doch bei dem Ernst der Frage halte ich es für geboten, Ihnen meinen Rath zu geben. Ich theile die Ansicht des Herrn Ministers des Auswärtigen im Gegenfalle zu denen des Ministerpräsidenten. — Dann ist es mir geboten, zurückzutreten, sagte Herr Goblet, und ich bitte Sie, Herr Präsident, meine Entlassung anzunehmen. — Unter den gegenwärtigen Umständen, erwiderte Herr Grevy, kann ich Ihre Entlassung nicht annehmen. Wenn der Zwischenfall geschloffen ist, können Sie thun was Sie wollen, und für diesen Fall behalte ich mir meinen Entschluß vor. Aber ich glaube, daß es für den Augenblick Ehrensache für Sie sein muß, Ihren Posten nicht zu verlassen. Wir wollen auch die nicht anwesenden Minister zu Rathe ziehen und ich werde mich dann nach Ihrem Beschlusse richten. So geschah es. Und nach dem „Gil-Blas“ haben damals für das Ultimatum gestimmt: der Ministerpräsident (Goblet), der Kriegsminister und der Marineminister (Boulanger und Aube); der Minister des Handels und der Posten (Rochy und Granet); dagegen stimmte der ganze Rest des Kabinetts, an der Spitze Grevy und Flourens; es waren also 5 gegen 7 Stimmen.

Großbritannien.

London, 7. Nov. (Tel.) Der Polizeichef Warren unterlagte für den Vormayorstag (den 9. Nov.) alle Anzüge und Kundgebungen in den Straßen. Das Verbot dürfte im Hinblick auf die Massenansammlungen auf Trafalgar-Square erfolgt sein, welche die Verurteilung hervorgerufen, die Sozialisten würden am Vormayorstage Unordnungen hervorrufen. — Die Mitglieder der englischen Regierung beobachten in dem Nebekampf über die irische Frage eine gewisse Zurückhaltung und überlassen es im Allgemeinen den liberalen Unionisten, die Politik der Regierung zu rechtfertigen. Doch sprach am Freitag der Obersekretär für Irland, Balfour, in Birmingham in einer großen konservativen Versammlung. Balfour führte in seiner Rede aus, Gladstone arbeite mit aller Anstrengung daran, die Aufgabe, Ruhe und Ordnung in Irland wieder herzustellen, immer schwerer zu machen. Wenn er von Verbrechen in Irland spreche, so geschehe dies nur, um daran fantatische Entschuldigungen zu knüpfen, wenn er der Polizei Erwähnung thue, so thue er dies, um sie mit Schmähdungen zu überhäufen. So beschönige er das Verbrechen und ermuthige die Ungeselligkeit mit der geschickten Beredsamkeit eines wahren Barnakliten; die Politik der Regierung werde indessen stehen, sie solle mit Entschlossenheit weiter verfolgt werden, um die Wiederherstellung gesetzlicher Zustände herbeizuführen. Balfour's Rede erhielt dadurch eine besondere Bedeutung, daß Tags zuvor in London ein Ministerrath, der erste seit dem Schluß der Parliamentssession abgehalten worden war, in dem Balfour über die Lage in Irland und die Ausführung des neuen Zwangsgegesetzes Bericht erstattete. Der von Balfour betonte Entschluß der Regierung, das Gesetz in Irland mit kräftiger Hand wieder zur Achtung zu bringen, zeigt sich auch in den zahlreich eingeleiteten Prozessen gegen irische Unterhansmitglieder, welche die Pächter zum Widerstande gegen die Gesetze und zu Angriffen auf die mit Exemptionsbesehlen versehenen Gerichtsvollzieher und die Polizisten auffordern. In einer Anzahl von Fällen sind bekanntlich auch schon solche Angeklagte schuldig befunden und zu Gefängnisstrafen verurtheilt worden, darunter der leidenschaftlichste und unermüdlichste Agitator O'Brien. Die Verurtheilung fanatischer Agitatoren bildet nicht nur einen moralischen Erfolg der Regierung, sondern entzieht auch der irischen Agitation auf eine größere oder geringere Zeit geschickte Redner. O'Brien macht freilich auch noch als Gefangener der Regierung viel zu schaffen. Als er am Mittwoch das Gefängnis in Tullamore betrat, wohin er und sein Gefährte Mandeville vom Korke Kreisgefängnis übergeführt worden sind, um dort ihre Strafen zu verbüßen, erklärte er dem Gouverneur, welchen Hausregeln er sich fügen würde und welchen nicht. Der Gouverneur hat sich telegraphisch vom Gefängnisamt Instruktionen erbeten, so daß die Sache noch ganz auf demselben Fied sich befindet wie in Korke. Die irischen Blätter fahren fort, anläßlich der Einperrung O'Briens eine leidenschaftliche Sprache zu führen. Das „Dubliner Freeman's Journal“ warnt die Regierung vor den Folgen, falls O'Brien irgendwie an seiner Gesundheit geschädigt werden sollte. In dem „Weekly News“, dem Organ des Vormayors von Dublin, heißt es: „Die an W. O'Brien verübte Gewalt wird jeden irischen Patriotens auf's äußerste erbittern und der Rückschlag sich bald in der Dubliner Burg fühlbar machen. Es ist sehr leicht zu bewerkstelligen, wenn man die Guts Herren aufs Ziel nimmt und denselben den Pacht verweigert. Befindet sich O'Brien nur deßhalb in einer Gefängniszelle, damit die Rüberkaste weitere Wucherzinsen herausbrücken kann? Die Pächter sollten deßhalb die Guts Herren an einem Punkte strafen, wo sie es am stärksten fühlen. Die Guts Herren werden dann schon demüthig bei Hrn. Balfour einkommen, O'Brien und Mandeville schleunigst aus dem Gefängnisse freizulassen.“ Als Probe für den in den nationalpolitischen Blättern herrschenden Ton ist diese Auslassung des „Weekly News“ nicht uninteressant. Die Wirkung, das Ministerium Salisbury und die irischen Behörden einzuschüchtern, wird durch derartige Drohungen aber schwerlich erreicht werden. Man hat sich an eine solche Sprache nachgerade gewöhnt.

Türkei.

Konstantinopel, 6. Nov. Die Befestigungen Erzzerums, Werke neuen Systems, wurden kürzlich den Truppen übergeben.

Ägypten.

Kairo, 6. Nov. (Tel.) Da die letzten Nachrichten aus Wady Halfa friedlicher lauten, wurde ein Theil der dorthin beorderten Verstärkungen zurückgehalten; vorläufig ging nur ein Bataillon eingeborener Gendarmen heute nach Wady Halfa ab. (Es war aus Wady Halfa gemeldet worden, daß 2500 sudanesishe Streiter in Sarra, welches befestigt wird, und 3000 zwischen diesem Orte und Dongola stehen.)

Amerika.

Chicago, 7. Nov. (Tel.) Bei Untersuchung der Zellen der Anarchisten wurden in Lingg's Zelle sechs gefüllte Bomben gefunden, unter Zeitungen verborgen. Es sind strengere Maßregeln bezüglich des Verkehrs mit den Gefangenen angeordnet. Der Referent des Obergerichts von Illinois hat den Repräsentanten der Union und den größten Zeitungen Europas den Text der Verhandlungen in dem Anarchistenprozesse zugefickt, um das Verfahren des Gerichtshofs darzulegen.

Zeitungsstimmen.

Zur Einberufung des Reichstags wird dem „Saunderverischen Courier“ von hier u. A. geschrieben: „Man wird hoffen können, daß die Abgeordneten pflichtgetreu genug sind, sich rechtzeitig einzufinden, damit wir nicht auch in diesem Reichstag das Schauspiel häufiger Beschlussunfähigkeit erleben. Zu wünschen ist auch, daß die Regierung gleich von Anfang an möglich viel von dem Arbeitsstoff vorlegt, der für diese Session bestimmt ist. Das Sozialistengesetz und die Getreidezollvorlage, wenn man sich einmal dafür entschieden hat, könnten unseres Erachtens alsbald vorgelegt werden, da lange Vorbereitungen für die Ausarbeitung dieser Gesetzentwürfe gewiß nicht notwendig sind. Auch der Antrag auf Verlängerung der Legislaturperiode könnte nach vor Wechnachten eingebracht und verhandelt werden. Die zweite Hälfte der Session muß möglichst für die Altersversorgungsvorlage freigehalten werden. Was die einleitenden Geschäfte des Reichstags betrifft, so wird ohne Zweifel das bisherige Präsidium (H. Debell, Wahl und v. Lurube-Bomni) wiedergewählt werden, vielleicht durch Affirmation, wenn nicht das Centrum einen neuen Versuch macht, die Nationalliberalen aus der ersten Vizepräsidentenstelle zu verdrängen, was natürlich nur eine Demonstration ohne praktischen Erfolg sein könnte.“

Die „Berliner Politischen Nachrichten“ schreiben: „Auf unsere nationalgefeimte Jugend ist die Opposition, insbesondere die Dyposition „freistimmigen“ Schlags befallig sehr schlecht zu sprechen, und das gilt nicht etwa von der studirenden Jugend allein, nein, man hat auf jener Seite neuerdings die schlimme Entdeckung gemacht, daß die jungen Leute schon „verderbt“ sind, wenn sie die Hochschule beziehen, und verlangt zur Abhilfe dieses „Mißstandes“ eine durchgreifende „Reform“ der Unterrichtsmethode an unseren höheren Lehranstalten. Diese nöthigende Kritik, welche der „Freistimm“ neuerdings nun auch unferem, in der ganzen Welt als vorzüglich anerkanntem Schulwesen angebeiben läßt, wird in eine eigenthümliche Beleuchtung gerückt durch Bericht, die ganz kürzlich beim französischen Unterrichtsminister seitens der auf Staatskosten nach Deutschland behufs Abolvierung des Kurses der Unter- und Oberghymnasialprima geschickten 18 jungen Franzosen eingetroffen und des Lobes über Unterrichts-methode und Schulucht in den von ihnen besuchten deutschen Anstalten voll sind. Die Entsendung dieser Böglinge gehört in das System, welches seit dem letzten Feldzuge in Frankreich angenommen ist und darin besteht, alle deutschen Einrichtungen praktisch zu studiren und das als gut Befundene bei sich selbst einzuführen, nicht um der Sache willen, sondern als Mittel zu dem Zweck, Deutschland später mit seinen eigenen Waffen schlagen zu können. Deshalb will man auch den französischen höheren Unterricht nach deutschem Muster reformiren, während gleichzeitig aus den Kreisen unserer Opposition Unterrichtsreformen verlangt werden — ebenfalls nicht um der Sache willen, sondern behufs Veranziehung eines gesinnungsstichtigen Nachwuchses für die gewaltig gelichteten Reihen der grundständigen Vereinigungsparteien. Die Franzosen rühmen unferem Schulwesen nach, es bilde gute Schüler und bereite treffliche Soldaten vor; der Tadel unserer nöthigenden Dypositionskritiker läuft im Grunde auf dasselbe hinaus und bezieht sich darauf, von vornherein der Möglichkeit, erst genommen zu werden.“

In einem Artikel über Warrants bespricht die „Nationalzeitung“ das mit denselben in engem Zusammenhang stehende Lagerwesen in folgender Weise: „Was nun die Frage betrifft, ob das Gesetz die Errichtung von Lagerhäusern nur dem Staat oder den Kommunen oder aber auch den Privaten gestatten soll, so kann ein Zweifel darüber kaum herrschen, daß es sich hier, wo es sich um mögliche Freiheit und Leichtigkeit des Verkehrs handelt, bei der formellen Behandlung, welche von Staats- und auch von Kommunalinstituten unzureichend ist, nicht empfehlen würde, nur dem Staat oder den Kommunen die Erlaubniß zur Errichtung derartiger Anstalten zu erteilen. Um aber die erforderliche Garantie für die Sicherheit des Publikums zu gewähren, bedarf es einer staatlichen Konfession. Es ist ferner zu demselben Zwecke der Vorschlag, wie in Frankreich, eine nicht unerhebliche Ration von dem Unternehmer zu erfordern, durchaus nicht von der Hand zu weisen. Da die Erfahrung, namentlich in England, zeigt, daß bei den großen Unkosten der Errichtung und des Betriebes der Lagerhäuser die Verzinsung häufig keine glänzende ist, so kann in Betracht kommen, seitens des Staates eine Subvention oder Garantie zu gewähren, wofür der Staat, sobald die Ueberschüsse eine gewisse Höhe erreichten, in bestimmtem Maße an den Einnahmen Theil nehme.“

Zum Kapitel der Getreidezölle bemerkt die „Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz“ u. A.: „Unter gewaltigen Schwankungen wogt der Kampf der Meinungen um die Getreidezölle hin und her, sehr häufig in nicht unbedenklicher Weise jene Grenzen sachlicher Rüge überschreitend, welche in einer so bedeutsamen Frage niemals überschritten werden sollten. Leidenschaft und Voreingenommenheit führten leider nur zu häufig in denjenigen Organen, welche in hervorragender Weise die Interessen der Landwirtschaft zu vertreten sich verbunden erachteten, eine Sprache, die innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches schmerzliches Befremden, außerhalb derselben aber gerechte Verwunderung erregt hat. Mehr als jemals ist es darum die heiligste Pflicht der nicht im Bannkreise parteilicher Extremitäten befindlichen, sondern ausschließlich im Dienste der gesamt-

ten Reichs- und Staatsinteressen thätigen Blätter, mildern und verführend zu wirken und unaufrichtig auf den Ausgleich der scharf aufeinander plagenden Meinungen hinzuwirken. Wie werden nicht müde werden, stets und mit Nachdruck die Solidarität der Interessen zwischen Industrie und Landwirtschaft zu betonen, jenes bössartige Beharrlichkeit zu bekämpfen, das lediglich wegen der politischen Gegenstände zwischen Konservatismus und Liberalismus die Interessen desjenigen Theils der Bevölkerung vernachlässigen zu dürfen meint, der vorwiegend den fortschrittlichen Velleitäten feindlich gegenüber steht. Nicht minder sind wir der Ansicht, daß die herrschend „nationale Wirtschaftspolitik“ mit gleicher Sorgfalt die solidarisch verbundenen Interessen der Landwirtschaft und Industrie bedenken, daß der Schutz der nationalen Arbeit gleichmäßig auch für den Ackerbau gelten soll und daß der Niedergang des Wohlstandes und der Konsumtionskraft des letzteren in ebenso direkter wie ersichtlicher Weise dem Gedeihen vieler Industriezweige geradezu verberlich werden müßte. Allein, indem wir also für die Gleichstellung der Landwirtschaft mit anderen Gewerben und resp. mit der Industrie das Wort ergreifen, das Mißtrauen zu entfernen suchen, welches bislang in den der Landwirtschaft fernstehenden Kreisen den „agrarischen“ Bestrebungen entgegengebracht wurde, glauben jene Extremen ein Uebrigens thun zu müssen, sie schloßen über das Ziel hinaus, sprachen von einem Kampfe des mobilen mit dem immobilien Besitze, welcher letzterer umfomehr geschätzt werden müsse, weil er einestheils die einzige zuverlässige Stütze der Vaterlandes sei, weil andererseits aber die Gesetzgebung bereits zur Genüge, ja im Uebermaße sich den Interessen des Handels und der Industrie, der Börse und des Kapitals, gewidmet hätte. Weniger wäre hier Mehr gewesen; Gegenüberstellungen dieser Art sind ebenso verberlich wie ungerichtet, und nur jene Parteien werden davon profitieren, deren Gewalt in der Erregung der Leidenschaften durch Schlagworte gelegen ist.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 7. November.

Gestern nach dem Gottesdienste in der evangelischen Stadtkirche zu Baden machten Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin verschiedene Besuche.

Abends fand eine größere Hofstafel im Großherzoglichen Schlosse zu Baden statt, zu welcher mehrere Fürstlichkeiten eingeladen waren.

Heute Mittag trafen Ihre Kaiserliche Hoheit die Prinzessin Wilhelm mit Prinzessin Mary zum Besuch bei den Großherzoglichen Herrschaften in Baden ein; Seine Königliche Hoheit der Großherzog empfing Höchstdieselben mit dem Prinzen von Leuchtenberg am Bahnhof daselbst und geleitete die Höchsten Herrschaften zum Schlosse. Nach dem Dejeuner kamen der Fürst und die Fürstin von Hohenzollern zu den Großherzoglichen Herrschaften und später machte die Prinzessin Wilhelm noch Besuche. Nach 6 Uhr kehrten die Höchsten Herrschaften nach Karlsruhe zurück.

Bei der am 5. I. M. stattgehabten Wahl eines Abgeordneten der Universität Heidelberg zur Ersten Kammer der Landstände wurde Geheimrath Professor Dr. Hermann Schulze in Heidelberg mit 26 von 30 Stimmen gewählt.

(Prüfung.) Auf Grund der im Monat Oktober d. J. vorgenommenen Gerichtsschreiberprüfung werden von den Kandidaten, welche sich derselben unterzogen haben, folgende in nachstehender Ordnung zur Anstellung als Gerichtsschreiber für befähigt erklärt: Georg Müller von Wertheim, Adolf Boffert von Forstheim, Richard Schwab von Dambach, Franz Josef Mittelmann von Kobersbach, August Friedrich Brand von Leutenhausen, Oskar Viktor Eckert von Wornbach, Johann Georg Stark von Eutingen, Anton Merz von Nordweil, Mathias Lohrer von Oberalbingen, Wilhelm Heß von Weinheim, Christian Klotz von Untergrombach, Simon Peter Wenk von Kirchen, Johann Müller von Oberalbingen, Wilhelm Baldinger von Forstheim, Heinrich Schön von Ladenburg, Cyprian Krebs von Forstheim, Philipp Gruener von Neckarbischofsheim, August Viede von Durlach, Karl Deng von Reichartsbach, Anton Heß von Gerlachheim, Johann Friedrich Renninger von Rosbach, Gustav Alfelix von Durlach, Jakob Renner von Schwellingen, Theodor Altmeyer von Mannheim und Karl Friedrich Kirchgänger von Bruchsal.

(Aus dem Kreise Baden, 6. Nov. (Reblausgefahr.) Seit in neuester Zeit nun auch in unserem Nachbarlande Württemberg Reblausherde entdeckt worden sind, werden die Rebbergsbesitzer nach und nach selbst sich betheiligen, an der Kontrolle ihrer Rebberge mitzuwirken. Als vor mehreren Jahren der Deutsche Weinbauverein in Heilbronn seinen Kongress abhielt, hat ein württembergischer Weinbergsbesitzer in seinem Vortrage die Behauptung aufgestellt, daß man nicht ängstlich zu sein brauche, der Reblaus werde unser Klima nicht passen und sie werde uns keinen Schaden zufügen können. Aber diese Illusionen sind heute dahin. Die Lage ist eine ernste geworden und dieser Ernst machte sich auch geltend bei den diesjährigen Verhandlungen des Deutschen Weinbaukongresses in Freiburg i. Br. Die Hoffnung ist eben nur gering, daß es wirklich gelingen könnte, durch das bis jetzt eingeführte Vertilgungsverfahren dieses gefährlichen Insektes völlig Herr zu werden. Wenn weitere Anhebungen entdeckt werden, wird sich, schon der großen Kosten wegen, das Vertilgungsverfahren nicht mehr durchführen lassen, dann wird man eben auch bei uns, wie in anderen Ländern, zu der widerstandsfähigen amerikanischen Rebe greifen müssen, um durch Aufzucht unserer heimischen Sorten auf dieselbe unempfindlichen Weinbau erhalten zu können. Glücklicherweise sind in unserem Lande bis jetzt keine Reblausherde gefunden worden, aber in den angrenzenden Ländern Elsaß und Württemberg sind einzelne Rebegebiete verheert und darum müssen auch unsere Rebbergsbesitzer auf der Hut sein. Die Gesetzgebung hat den Verkehr mit bewurzelten Reben geregelt und auf die einzelnen nahe gelegenen Weinbau-districte beschränkt. Diese Maßregel wurde von den Rebbergsbesitzern vielfach verkannt und da der Pflanzenverkehr nicht so leicht zu kontrollieren ist, wurde auch vielfach Schmutzhandel mit Wurzelreben betrieben. Jetzt dürfte jedem Rebbergsbesitzer klar geworden sein, wie notwendig jenes Reichsgesetz über den Rebenverkehr war und wie groß die Gefahr ist bei der Ueberfuhr von bewurzelten Reben aus einer Rebgegend in die andere. Jetzt, wo die Rebenunterstützungen in unserem ganzen deutschen Weinbaugebiete von den betreffenden Landesregierungen mit so großer Energie und

Sorgfalt durchgeführt werden, müssen wir bald Gewißheit darüber bekommen, wie weit dieser gefährlichste der Rebschädlinge aus der Insektenwelt bei uns vorgeschritten ist, und dann wird es hoffentlich auch gelingen, die Mittel und Wege zu finden, die uns die Erhaltung unseres schönen deutschen Weinbaues möglich machen.

(Offenburg, 6. Nov. (Malzfabrik. — Pferde-zucht. — Verbandstag.) In der letzten Generalversammlung der Malzfabrik Offenburg wurde u. a. eine Erhöhung des Aktienkapitals beschlossen und festgestellt, daß zu diesem Zwecke weitere 150 Stück Aktien zu 1000 M. zur Beschaffung eines Kapitals von 150,000 M. behufs Erhöhung des Betriebsgrundstods und zur Vermehrung der Fabrikationseinrichtungen auszugeben werden sollen. Nachdem nunmehr das Kapital gezeichnet ist, steht der Ausführung der geplanten Erweiterung nichts mehr im Wege. — Zum Zwecke der Hebung der Pferdezucht in der Ortenau hat sich ein Verein gebildet, dem aus der Stadt Offenburg allein bereits weit über 100 Mitglieder angehören. Um das Interesse daran auch in weitere Kreise zu tragen, sollen alljährlich größere Rennen veranstaltet werden, zu denen ausgedehnte Wiesenflächen längs der Kinzig einen vortheilhaften Boden gewähren. — Heute findet dahier Gewerbeverbandstag des Ganzen VI. des Deutschen Radfahrerbundes statt, zu dem der hiesige Velocipedklub an sämtliche Radfahrer der ganzen Umgebung zu einem Stellweiser kameradschaftlich eingeladen hat. Nach dem Schluß der Beratung von Vereinsangelegenheiten wird Musik die Teilnehmer beim Frischschoppen vereinen und nach dem gemeinsamen Mittagsmahle im Gasthose Wonsch findet ein Ausflug mittelst des Rades nach Gengenbach statt.

(Konstanz, 6. Nov. (Kapitalaufnahme. — Frauenverein. — Schiffshebung.) In Folge gesteigerter Nachfrage nach Anleihen aus dem städtischen Häuserbaufond beabsichtigt die Stadt in nächster Zeit eine größere Summe für den letzteren aufzunehmen. Die Baufondgelder werden lediglich dazu verwendet, um auf neue Häuser hypothekarisch angelegt zu werden. — Der hiesige Frauenverein beabsichtigt in diesem Winter einen Kochkurs zu eröffnen, in welchem junge Mädchen durch Arbeit in der Küche unter Leitung einer tüchtigen Lehrerin die zweckmäßigste Verwertung der einfachen Lebensmittel und die Behandlung des Herdes und des Geschirrs lernen, den Geldwerth und Nährwerth der Lebensmittel erfahren und die Führung eines Ausgabebuches erlernen sollen. Es ist anzunehmen, daß dieser Plan Beifall finden wird. Dieser Tage waren im Lokal der Frauenarbeitschule die Arbeiten des letzten Jahres ausgestellt. Dieselben haben sehr gefallen; insbesondere erregte großes Interesse die von den Schülerinnen gezeigte Fertigkeit im Flecken von schabhaften Weißzeug. Die gestickten Stellen mußten besonders marirt werden, damit der Kaiser überhaupt wußte, daß da etwas reparirt worden sei. — Die Hebungsarbeiten an der verunglückten „Stadt Lindau“ sind das erste Mal nicht geplatzt. Es brach einer der eisernen Gitterbalken, welche mit dem mittleren Theile des Schiffes verbunden worden waren, und dieses, das schon ein wenig gehoben worden war, sank wieder zurück. Die Hebung wird dadurch um einige Tage verzögert.

Theater und Kunst.

(Groß. Hoftheater.) Zur Feier von Schiller's Geburtstag, am 10. November, gelangt, neu einstudirt und in vollkommen neuer Inszenirung, des Dichters „Die Verschwörung des Fiesco zu Genua“ zur Aufführung. Das genannte Stück ist hier seit dem März 1876 nicht mehr gegeben worden und ist daher auch die Rollenbesetzung eine durchweg neue geworden.

(Karlsruhe, 7. Nov. (Don Juan.) Karlsruhe hat nun auch sein etwas verspätetes „Don Juan“-Jubiläum hinter sich. Die beste Huldigung für den unsterblichen Don Juan wird natürlich stets bleiben, wenn es die berufenen Kräfte für ihre heilige Pflicht halten, die herrlichen Werke des Meisters jederzeit — sei es bei einem Jubiläum, sei es bei jeder anderen Gelegenheit — von allen Nachlässigkeiten und Fehlerhaftigkeiten freien Aufführungen darzubieten und den edlen klassischen Gesangsstil nicht ausser Acht zu lassen, ohne welchen diese Kunst um ein gut Theil ihres Schönheitszaubers verlustig gehen muß. Wie viel aber in dieser Hinsicht schlimm geworden ist, beweisen gerade die Jubiläumsvorstellungen des „Don Juan“, die wirfen haben. Der gestrige „Don Juan“-Aufführung unserer Hofbühne ging eine kleine Vorfeier voraus. Nachdem die weisevollen Töne des Priesterchorales aus der Zauberküste verklungen waren, erhob sich der Vorhang und die Rufe der Tonkunst (Hel-

Bruch) widmete dem Genius Mozarts edle poetische Huldigungsworte. Zum Schluß öffnete sich der Vorhang und es zeigte sich unter den feierlichen Klängen des Priesterchores aus der Zauberküste ein geschmackvoll arrangirtes Gruppenbild: Mozarts Monument umgeben von den Gestalten des „Don Juan“. Die nachfolgende Aufführung des hundertjährigen Meisterwerkes fand, ungeachtet sie nicht gerade den Stempel künstlerischer Vollendung und musterhafter Sicherheit an sich trug, die lebhafteste Anerkennung des alle Räume füllenden Publikums. Kein Wunder freilich bei einem Werke, dessen unübertreffliche Gedanken eine solche Frühlingsfrische an sich tragen, an dem Alles und Jedes frogt von Gesundheit und Lebensfülle, als ob nicht ein Säkulum, wie es im Prolog hieß, sondern erst ein Tag seit dessen erstmaliger Aufführung verlaufen sei. Leider war es nicht möglich, diese Jubiläumsvorstellung ausschließlich mit hiesigen Kräften zu geben, und mußte nicht allein für die Titelrolle, sondern auch für die Rolle der Elvira von auswärtigen Sulturs beigebracht werden. Die den ausstehenden Künstlern schuldige Dankbarkeit schließt natürlich eine eigentliche Kritik aus. Herr Fessler von der Darmstädter Bühne ist im Besitze einer langvollen Stimme, dagegen scheint es ihm an einer gefangensünstlerischen Durchbildung zu fehlen. Manche Theile, z. B. das vridelnde, feurige Champagnerlied, gelangen ihm sehr gut, während andere Theile an feiner, durchgeprägter Ausführung zu wünschen übrig ließen. Ein besonders Merkmal seiner Gesamtaufassung der Rolle ist die für unseren Geschmack zu starke Betonung des rein sinnlichen Elements. Fräulein Prohaska vom Mannheimer Hoftheater ließ als Elvira eine tüchtige Schmelz und musikalisches Verständniß erkennen. Im Allgemeinen kommt die „von der Liebe selbst geschaffene“ Gestalt auf unseren Bühnen zumeist zu kurz. Auf der einen Seite verlangt die Partie eine edelige Koloratur, auf der anderen Seite höchste dramatische Warmblütigkeit. Ueber die bei der Vorstellung betheiligten einheimischen Kräfte haben wir bei früheren Gelegenheiten, wie uns gütigend erschien, Lob und Tadel geäußert.

Verschiedenes.

(W. Sofia, 6. Nov. (Eisenbahnwesen.) Heute Vormittag traf auf der neu eröffneten Eisenbahnstrecke die erste Lokomotive in dem hiesigen Bahnhof ein. Der Prinz wohnte einem Festbankette bei, an welchem 400 Personen theilnahmen.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.) Berlin, 7. Nov. Der Kaiser stand heute nach 1 Uhr auf und nahm um 2 Uhr den Vortrag des Wirkl. Geh. Rath's v. Wilmowski entgegen.

Berlin, 7. Nov. Der „Reichsanzeiger“ meldet: Nachrichten aus San Remo zufolge findet dort in den nächsten Tagen eine Konsultation mehrerer Aerzte über die weitere ärztliche Behandlung Sr. Kaiserlichen Hoheit des Kronprinzen statt. Seine Majestät der Kaiser beauftragte, um das Resultat der Berathung nicht nur schriftlich, sondern auch eingehend mündlich zu hören, S. Königliche Hoheit den Prinzen Wilhelm, auf einige Tage nach San Remo zu gehen.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harber in Karlsruhe.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag, 8. Nov. 121. Ab.-Vorl.: „In unseren vier Wänden“, Schauspiel in 3 Akten nach R. Thorsens norwegischem Schauspiel: „In den Dören“, frei bearbeitet von R. Drimann. Anfang 6 1/2 Uhr.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

November	Barom.	Therm.	Wind.	Relative Feucht.	Wind.	Witterung.
4. Nachts 9 U.	740.4	+ 8.7	7.5	89	SW.	m. bew.
5. Morgs. 7 U. 1)	743.7	+ 7.0	6.6	88	—	bedeckt
5. Mittags 2 U.	744.6	+ 10.6	6.6	70	—	bew.
5. Nachts 9 U.	745.3	+ 8.4	5.4	93	E.	klar
6. Morgs. 7 U. 2)	743.1	- 0.8	4.0	92	—	—
6. Mittags 2 U.	742.5	+ 6.8	5.9	80	SW.	bedeckt

1) Regen = 2.0 mm, der letzten 24 Stunden. 2) Reif.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 6. Nov. Morgs. 3.16 m, gefallen 2 cm. — 7. Nov., Morgs. 3.16 m.

Wetterkarte vom 7. November, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Ein barometrisches Maximum von etwa 765 mm liegt westlich von Norwegen, Minima unter 745 mm über Nordwestfrankreich und unter 755 mm über Galizien. Ueber Centraleuropa ist das Wetter ruhig, theils heiter, theils neblig und meist fäulter. Im deutschen Binnenlande haben vielfach Nachfröste stattgefunden. (Deutsche Seewarte.)

Franfurter telegraphische Kursberichte vom 7. November 1887.

Staatspapiere.		Bahnpapiere.	
4 1/2% Deutsche Reichsanleihe	106.85	Staatsbahn	178 3/4
4% Preuss. Konf.	106.80	Lombarden	69
4% Baden in fl.	103.10	Galizier	171.20
4% „ in M.	105.85	Elbthal	143 3/4
Deherr. Goldrente	91.20	Mecklenburger	139.—
Silberrent.	67.—	Hess. Ludwigsbahn	—
4% Ungar. Goldr.	80.70	Lübeck-Büchener	180.20
1877r. Russen	96.60	Gotthard	117.80
1880r.	80.—	Weschnitz	168.82
II. Orientanleihe	63.80	London	20.37
Italiener compt.	97.40	Paris	80.46
Ägypter	75.20	Wien	162.56
Spanier	67.60	Napoleonsd'or	16.13
5% Serben	77.90	Privatbanknoten	2 1/2
Banken.		Bad. Anstalt	72.10
Kreditaktien	227 3/4	Alkali Werker.	—
Disconto-Kommandit	195.70	Kreditaktien	227 3/4
Basler Banker.	151.—	Staatsbahn	178 3/4
Darmstädter Bank	138.—	Lombarden	68 3/4
5% Serb. Hyp. Ob.	79.20	Tendenz:	mat.
Berlin.		Wien.	
Deft. Kreditakt.	459.—	Kreditaktien	232.60
Staatsbahn	361.50	Marxnoten	61.45
Lombarden	139.50	Tendenz:	fest.
Disk.-Kommand.	195.70	Paris.	—
Laur. 9 1/2%	90.70	4 1/2% Rente	—
Dortmunder	66.90	Spanier	68 3/4
Marienburger	49.90	Ägypter	377.50
Mecklenburger	—	Ottomane	500.—
Tendenz:	—	Tendenz:	—

